



Sparen – Sparen – Sparen ...

Liebe Seniorinnen und Senioren,
liebe „Seniorenanwärter“,

ihr werdet es wohl alle in der öffentlichen Berichterstattung der letzten Wochen mitbekommen haben: Die Landesregierung hat bekannt gegeben, dass die für die Haushaltskonsolidierung und das Erreichen der grundgesetzlich vorgeschriebenen Nullverschuldung ab 2020 weitere Sparmaßnahmen notwendig seien. In den Medien wurde insbesondere eine mögliche Streichung von mehreren tausend Lehrerstellen herausgestellt. Allerdings soll es die Beamten insgesamt wieder einmal treffen und auch die Pensionäre sollen nicht ungeschoren bleiben. Es gilt aber festzuhalten: Bisher ist dies nur ein Beschluss der Landesregierung – das letzte Wort hat das Parlament!



Zunächst ist festzustellen, dass die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Überlegungen der Landesregierung ablehnt, die Eingangsbesoldung bei neu eingestellten Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen im gehobenen und höheren Dienst um eine

Besoldungsgruppe abzusenken. Eine Absenkung der Gehälter für künftige Beamtinnen und Beamte im Land trägt nicht zur Attraktivitätssteigerung des Öff-

entlichen Dienstes bei. Hinsichtlich der demografischen Entwicklung und des enormen Nachwuchsbedarf bei der Polizei in den kommenden Jahren ist diese Maßnahme kontraproduktiv. Wer heute gute Leute für den Öffentlichen Dienst gewinnen will, muss beim Einkommen nachlegen und darf nicht kürzen.

Für alle und auch für die Pensionäre sind als Sparbeitrag im Bereich der Beihilfe Veränderungen vorgesehen. Zunächst ist hier kritisch die Absenkung des Beihilfesatzes für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte und deren Ehegatten zu sehen. Die weitere Dynamisierung der Kostendämpfungspauschale stellt einen Eingriff in die Ruhegehälter der Pensionäre dar, was durch nichts gerechtfertigt ist, auch wenn sie sozial gerechter in mehrere Stufen gestaffelt werden soll. Hier die einzelnen geplanten Eingriffe bei der **Beihilfe**:

Absenkung der Einkommensgrenze bei der Beihilfe für berücksichtigungsfähige Ehegatten von 18 000 € auf 10 000.- €. Absenkung der **Beihilfefähigkeit** der zahntechnischen Leistungen Keramik und Edelmetalle von 100 auf 70 Prozent. **Einheitlicher** Beihilfebemessungssatz (BMS) für neu eingestellte Beamte und deren Ehegatten von 50 %; auch im Versorgungsfall (bisher: BMS bei Ehegatten 70 % und bei Beamten mit zwei und mehr Kindern 70 % und 70 % bei Versorgungsempfängern, BMS bei Kindern weiterhin 80 %). **Anpassung** der Kostendämpfungspauschale in Abhängigkeit von den pauschalisierten Bruttojahresbezügen (10 Stufen, je nach Besoldungsgruppen); Dynamisierung der Kostendämpfungspauschale entlang der Beihilfeausgaben pro Kopf.

Wie eingangs bereits festgestellt, sind dies erst Pläne. Auch muss man erwähnen, dass durch intensive Vorgespräche mit Verantwortlichen in den Regierungsfractionen eine viel weiter gehende „Giftliste“

verhindert werden konnte. Insbesondere war man dabei bereit, die Eingriffe bei den Pensionären so gering wie möglich zu halten. Trotzdem bleibt die Tatsache, dass nach den bereits 2012 erfolgten Sparmaßnahmen (Verschiebung der Besoldungs- und Versorgungserhöhung; erste Erhöhung der Kostendämpfungspauschale und des Beitrags zur Krankenhauswahlleistung) bereits wieder die Beamten und Versorgungsempfänger mit einem „Sonderopfer“ bestraft werden, da wir alle ja auch die sonstigen Sparmaßnahmen, die alle Bürger treffen, mittragen müssen. Weiter gilt es festzuhalten, dass die Eingriffe in die Beamtenbesoldung und -versorgung in den letzten 15 Jahren bereits zu einer realen Einkommensabsenkung von insgesamt über sechs Prozent geführt haben. Als weiteres Sonderopfer haben alle Beihilfeberechtigten (Beamten, Pensionäre/Besoldungsempfänger, Familienangehörige) durch die Absenkung der Beihilfemöglichkeiten in den letzten zehn Jahren bereits rund 660 Millionen Euro an Einsparungen erbracht.

Der Landesseniorenvorstand wird sich deshalb mit dem GdP-Landesvorstand dafür einsetzen, dass zusammen mit den ÖD-Gewerkschaften im DGB im Landesparlament noch Korrekturen möglich werden.

H.W. Fischer

Vortrag von Frau Dr. Sybille Koch:

Risiken bei Arzneimitteleinnahme

Je älter man wird, desto mehr Medikamente müssen viele Menschen einnehmen. Einerseits: Was heißt „müssen“? Wollen wir doch auch – oder? Die Medizin trägt heutzutage ganz wesentlich zu gestiegenen Lebenszeit bei. Allerdings ist eine



Medikamente und ihre Wirkungen: Frau Dr. Sibylle Koch berichtete eindrucksvoll über dieses Problem, das insbesondere im Alter eine immer größere Bedeutung bekommt.

manchmal gehörige „Mixtur“ von bis zu zehn oder noch mehr Tabletten am Tag auch ein gewisses Risiko. Dies zu wissen und es zu beachten war

das Ansinnen von Frau Dr. Sibylle Koch, Inhaberin der Hexental-Apotheke in Merzhausen.

Manfred Bohn vom SENIOREN RAT BREISGAU hatte die Veranstaltung organisiert und konnte Frau Dr. Koch vor einem interessierten Zuhörerkreis im Schulungsraum des Polizei-Sportvereins Freiburg begrüßen. Frau Dr. Koch zeigte eindrucksvoll aber auch gleichzeitig unterhaltsam die Wirkungen der verschiedensten Medikamente im Alltag und insbesondere auch die Gefahren bei der Teilnahme im Straßenverkehr auf. Höchst beachtlich waren dabei die Feststellungen, wie doch sehr verbreitete Medikamente nicht nur die Konzentrationsfähigkeit sondern auch das Hören und Sehen teils drastisch beeinflussen können. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass sich eine rege Diskussion ergab, mit der selbst Frau Dr. Koch so nicht gerechnet hatte.



Interessierte Teilnehmer und Zuhörer in der Vortragsveranstaltung über Medikamente (Bilder: H.W. Fischer)

Zu diesem Vortrag passt folgende aktuelle Pressemeldung der GdP-Bund:

Auffällige Warnhinweise auf Medikamentenpackungen können nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) das Unfallrisiko im Straßenverkehr mindern. Vielen Fahrern, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, sei nicht bewusst, dass sich rund die Hälfte der verschreibungspflichtigen Medikamente negativ auf die Fahrtüchtigkeit auswirkten. Witthaut: „Das Kleingedruckte auf der Packung oder der oft mit winzigen Buchstaben gedruckte Text des Beipackzettels werden oft übersehen oder missachtet. Auch, wer nur gelegentlich Tabletten einnimmt, kann so zur gravierenden Gefahr für sich und andere werden. Jeder, der eine Pillen-Packung in die Hand nimmt, muss sofort erkennen können, ob er das Auto besser stehen lässt oder sicher fahren kann.“ Ein deutlich sichtbares Ampelzeichen, so der GdP-Vorsitzende, wäre leicht verständlich und ein guter erster Schritt.